

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 09.10.2013
Sitzung Nummer:	32 (SFFGA/32/2013)
Sitzungsdauer:	17:00 - 18:10 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Dr. Helga Paschke
Vorsitzende

Aline Klostermann
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Frau Dr. Helga Paschke

Mitglieder

Herr Marcus Graubner

Herr Gerhard Imig

Herr Günter Rettig

Herr Dr. Henning Richter-Mendau

beratende Mitglieder

Herr Dr. Michael Kühn

von der Verwaltung

Frau Birgit Hartmann

Frau Christiane Rütten

Gäste

Frau Marianne Heine

Herr Dr. Manfred Kessel

Herr Ewald Kittner

Abwesend:

Mitglieder

Herr MR Dr. Volkmar Lischka

Herr Wolfgang März

sachkundige Einwohner

Frau Steffi Kraemer

Frau Kerstin Schmidt

Frau Carola Stallbaum

Herr Eckhard Stern

Frau Margret Tappe

Herr John Völtzke

von der Verwaltung

Frau Dr. Iris Schubert

Herr Sebastian Stoll

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
 - 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 31. Sitzung vom 11.09.2013
 - 4 Bericht über die Arbeit der Kreissenioresvertretung Stendal e. V.
Berichterstatter Herr Dr. Kessel
 - 5 Bericht über die Arbeit des Behindertenbeirates des Landkreises Stendal
 - 6 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Frau Dr. Paschke begrüßt die anwesenden Mitglieder des Sozialausschusses, die Sachkundigen Einwohner, die Presse, die Gäste und die Vertreter der Verwaltung.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

zu TOP 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 31. Sitzung vom 11.09.2013

Herr Dr. Richter Mendau: Zum Protokoll der letzten Sitzung habe ich folgenden Hinweis:

Es wurde durch Frau Hartmann festgestellt, dass es keine Schulpflicht für Asylbewerberkinder gäbe. Nach meiner persönlichen Recherche ist diese Auskunft nicht richtig. Grundsätzlich gibt es in der BRD eine Schulpflicht. Das Land Sachsen-Anhalt unterscheidet sich davon nicht. Die Kreisverwaltung ist aufgefordert Ausnahmen von der Schulpflicht im Landkreis Stendal nicht zuzulassen. Es ist zu klären, wie der Landkreis damit umgeht.

Frau Hartmann: In der letzten Ausschusssitzung habe ich gesagt, dass die Schulpflicht nicht in allen Bundesländern für den Personenkreis der Asylbewerberkinder eingeführt ist. Im Jahr 1998 hat das Land Sachsen-Anhalt die Schulpflicht für Asylbewerberkinder eingeführt. Frau Stephan, die ehemalige Ausländerbeauftragte der Stadt Stendal, und ich haben das seinerzeit sehr begrüßt. Im Asylbewerberheim haben wir dieses auch durchgesetzt.

Frau Dr. Paschke: Im nächsten Ausschuss möchten wir nochmals informiert werden, was der Landkreis unternimmt, um die Schulpflicht bei den Asylbewerberkindern durchzusetzen. Zu diesem Thema wird auch eine Aussage zum Konzept der dezentralen Unterbringung der Asylbewerber im Landkreis Stendal in Form einer Mitteilungsvorlage erwartet. Wie ist dort zur Zeit der Sachstand?

Frau Rütten: In der 40. KW haben alle beteiligten Ämter und der Integrationsbeauftragte des Landkreises Stendal einen Konzeptionsentwurf erhalten. In der 41. KW sollten die Stellungnahmen der beteiligten Ämter und des Integrationsbeauftragten dem Ordnungsamt zu geleitet werden, so dass eine Überarbeitung des Konzeptes erfolgen kann. Die Beratung zum Konzept wird noch mit dem Landrat und den Dezernenten erfolgen.

**zu TOP 4 Bericht über die Arbeit der Kreissenorenvertretung Stendal e. V.
Berichterstatte Herr Dr. Kessel**

Frau Dr. Paschke: Jährlich werden die Kreissenorenvertretung Stendal e. V. und der Behindertenbeirat durch den Landkreis Stendal mit finanziellen Mitteln unterstützt. Deshalb ist es wichtig, auch ein Bericht über die Arbeit dieser Gremien zu erhalten. Gleichzeitig sollte die Kreissenorenvertretung Stendal e. V. die Möglichkeit erhalten, ihre Wünsche und Vorstellungen an Politik und Verwaltung vorzutragen.

Herr Dr. Kessel: Die letzte Information zur Arbeit der Kreissenorenvertretung Stendal e. V. gab es im April 2010. Seit 1996 gibt es im Landkreis Stendal einen Kreissenorenrat, der sich im Jahr 2004 in eine Kreissenorenvertretung Stendal e. V. umgewandelt hat und als gemeinnütziger Verein beim Amtsgericht eingetragen und vom Finanzamt anerkannt ist. In den Jahren 2010 und 2011 wurde auf Grund der Gemeindegebietsreform die bestehende Satzung ergänzt. Hinsichtlich der Vertreter in der Kreissenorenvertretung wurde festgelegt, dass pro Einheits-gemeinde oder Verbandsgemeinde mindestens 2 Mitglieder in der Kreissenorenvertretung mitarbeiten. Die Hansestadt Stendal sollte 4 Vertreter entsenden. Leider ist es bis heute nicht vollständig gelungen, dass alle Einheits- und Verbandsgemeinden entsprechende Vertreter entsandt haben. Hinzukommt, dass durch Krankheit oder Tod auch einige Mitglieder ausgeschieden sind. Die Kontakte zwischen den Vertretern der Kreissenorenvertretung und den Rentnerbetreuern vor Ort sind deshalb nicht so wie wir und das vorgestellt haben. Wahrscheinlich sind 2 Vertreter aus den Verbands- und Einheitsgemeinden auch zu wenig.

Der Landkreis hat mit seinen knapp 2500 qkm mit 83 Ortschaften, 156 Ortsteilen ein sehr großes Territorium, welches bei der eingeschränkten Mobilität vieler Vertreter schwierig zu betreuen ist. Es ist jedoch festzustellen, dass in nahezu allen Dörfern ehrenamtliche Betreuungsarbeit geleistet wird. In Rentnertreffs oder bei Nachbarschaftshilfen wird sich um die älteren Bürger gekümmert. Dieses ist auf Grund der demografischen Entwicklung sehr wichtig. Trotz stetig fallender Einwohnerzahlen im Landkreis Stendal steigt die Zahl der über 65jährigen absolut und prozentual. Zur Zeit sind 25 % der Bevölkerung im Landkreis Stendal über 65 Jahr. Im Jahr 2020 wird der prozentuale Anteil der über 65jährigen 30 % betragen. Bei der Problematik des Informationsflusses hat uns das Projekt „Pro Alter“ welches im Jahr 2012

durchgeführt wurde, weitergeholfen. Vor allem in den Bereichen wo es bislang Lücken gab, sind neue Initiativen und Vereine entstanden. Eine Steuerungsgruppe unter Leitung von Frau Mohr ist weiter auf diesem Gebiet tätig. Die Kreissenorenvertretung wird zukünftig eine Vernetzung mit der Freiwilligenagentur Altmark vereinbaren. Am 13.11.2013 wird es im Landratsamt eine Veranstaltung geben, bei der ein weiterer Erfahrungsaustausch zu diesen Initiativen stattfindet. Gleichzeitig gilt diese Veranstaltung auch als Dankeschönveranstaltung für die Senioren gedacht ist, die sich ehrenamtlich engagieren. Diese Veranstaltung können wir dank der Unterstützung der Kreissparkasse durchführen. Für die Kreissparkasse konnten wir auch in diesem Jahr für alle Zweigstellen im Landkreis Stendal das Zertifikat „Seniorenfreundlichen Service“ für weitere 5 Jahre verleihen. Erstmals wurde dieses Zertifikat 2010 verliehen.

Ein weiteres Anliegen der Kreissenorenvertretung war von Anfang an die Zusammenarbeit mit den stationären Altenpflegeeinrichtungen im Landkreis Stendal. Einige Vertreter der Kreissenorenvertretung wurden in die externen Bewohnerbeiräte gewählt. Andere sind Paten für die Altenpflegeeinrichtungen. Von Seiten der Anbieter wurde diese Arbeit dankbar angenommen. Viele Sitzungen der Kreissenorenvertretungen haben in Altenpflegeeinrichtungen stattgefunden. Hier gab es die Möglichkeit neben dem Austausch der inhaltlichen Arbeit auch die Einrichtungen zu besichtigen.

Ein weiteres Arbeitsfeld sind die durch die Kreissenorenvertretung organisierten Erfahrungsaustausche der Heim- und Pflegedienstleistungen der Altenpflegeeinrichtungen. Insbesondere zu den Themen Qualitätssicherung, Qualitätsmanagement, zahnärztliche Betreuung und Versorgung von Demenzkranken wurde sich ausgetauscht. Es ist davon auszugehen, dass ca. 50 % der derzeitigen Pflegeheimbewohner eine Demenz aufweisen.

Das stellt eine besondere Herausforderung für die Altenpflegeheime dar. Die Überprüfungen des MDK und der Heimaufsicht ergaben, dass der Landkreis Stendal über viele moderne und gut rekonstruierte Einrichtungen verfügt, in denen eine sehr gute pflegerische und auch kulturelle Betreuung garantiert ist. Es sind Benotungen von 1,0 nicht selten. So dass man mit der Qualität der Arbeit der Altenpflegeeinrichtungen sehr zu frieden sein kann. Trotz der guten Versorgung mit Heimplätzen der über 65jährigen im Landkreis Stendal, welche mit 5,67 % um 0,7 % über dem Landesdurchschnitt Sachsen-Anhalt liegt, sind in den letzten Jahren immer wieder neue Heime dazu gekommen. In diesem Zusammenhang sind z. B. das Altenpflegeheim des DRK Schwanenteich zu nennen und der geplante Erweiterungsbau des Altenpflegeheimes der Inneren Mission in Havelberg. Diese Einrichtungen sind auch ohne die Zuschüsse des Landes und der Landkreise entstanden. Die neuen Heime organisieren die Betreuung der pflegebedürftigen Menschen nunmehr in Hausgemeinschaften. Es ist positiv, dass neben den Alten-

pflegeeinrichtungen gleichzeitig altengerechte Wohnungen, Senioren pensionen und die Angliederungen von Sozialstationen an die Altenpflegeeinrichtungen entstanden sind.

Ein sehr großes Problem sieht die Kreissenorenvertretung zukünftig im Pflegenotstand der sich in der BRD weiter verstärken wird. Laut Aussagen des Ministeriums für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt gibt es diesen im Land Sachsen-Anhalt nicht.

Seit 10 Jahren versuche ich ein Konflikt mit dem Ministerium für Arbeit und Soziales zu lösen. Im Land Sachsen-Anhalt muss die Ausbildung von Altenpflegerinnen von den Bewohnern der Einrichtungen bezahlt werden. Diese Ausbildungsvergütung wird auf das Entgelt der Bewohner umgelegt. Das ist ein Betrag von 3,00 € bis 10,00 € monatlich je nach Größe der Einrichtung. Dieses Problem kann jedoch nicht durch den Landkreis geklärt werden. Meine Anfrage beim Ministerpräsidenten vor über einem Jahr wurde bis heute nicht beantwortet. Ich erhielt lediglich ein Schreiben, dass dieses zur weiteren Bearbeitung an das Ministerium für Arbeit und Soziales übergeben wurde.

Die Kreissenorenvertretung arbeitet auch mit der Landessenorenvertretung Sachsen-Anhalt zusammen. Für den Landkreis Stendal ist Frau Mehrbach in den erweiterten Vorstand delegiert worden. Mit ihr gibt es eine sehr gute Zusammenarbeit.

Seit Jahren gibt es die Diskussion im Land Sachsen-Anhalt nach der politischen Stellung der Kreissenorenräte. Nach der Gebietsreform sollte diese Thematik wieder aufgegriffen werden.

An dieser Diskussion haben wir uns wenig beteiligt. Wir sind mit unserer Stellung als Kreissenorenvertretung und auch mit der finanziellen Unterstützung durch den Landkreis Stendal sehr zufrieden.

Ein letztes Problem ist die Organisation der weiteren Arbeit der Kreissenorenvertretung hinsichtlich der Gewinnung neuer Mitglieder. Die Gruppe der 60 bis 65jährigen fühlt sich noch zu jung um hier mitzuarbeiten. Es fehlt der Nachwuchs.

Herr Rettig: Ich habe versucht im Internet die Satzung der Kreissenorenvertretung einzusehen. Dieses war jedoch nicht möglich. Auf der Internetseite erscheint lediglich die Adresse der Kreissenorenvertretung. Eine weitere Frage stellt sich für mich, wie die Zusammenarbeit mit Mitgliedern des Kreistages funktioniert und ob sich Mitglieder aus der Einheitsgemeinde Tangerhütte-Land zur Mitarbeit der Kreissenorenvertretung gefunden haben?

Weiterhin halte ich es für wichtig, dass auch die Mitglieder der Sozialausschüsse der Einheits- und Verbandsgemeinde eingeladen werden, wenn die Kreissenorenvertretung Besichtigungen in Altenpflegeeinrichtungen durchführt. Die Einladung dieser Mitglieder wäre auch zu der Veranstaltung am 13.11.2013 wünschenswert.

Herr Dr. Kessel: Die Kreissenorenvertretung hat keine eigene Seite im Internet. Wir haben uns dort bei der Landessenorenvertretung angeschlossen. Die Landessenorenvertretung hat einen hauptamtlichen Mitarbeiter, der diese Seite pflegt. Ich muss für meine Seite sagen, dass mir die Gestaltung und die Pflege einer Internetseite zu aufwendig und zu zeitintensiv ist.

Die Zusammenarbeit mit den Fraktionen des Kreistages hatte ich in der Vergangenheit des Öfteren kritisiert. Für die Fraktionen Die Linke und die CDU waren zeitweise Vertreter in Kreissenorenvertretung. Die SPD-Fraktion hatte ich mehrmals auf dieses Thema angesprochen es wurde jedoch nie ein Vertreter benannt. Die anderen Fraktionen haben ebenfalls niemanden entsandt. Nach dem Ausscheiden von Herrn Stern ist die Zusammenarbeit mit den Vertretern des Kreistages mittlerweile völlig eingeschlafen. Durch das Projekt „Pro Alter“ konnten wir vielmehr Kontakte zu den Akteuren im ländlichen Bereich finden. Auch die Einheitsgemeinde

Tangerhütte-Land hat 2 Vertreter, die in der Kreissenorenvertretung mitarbeiten. Wir versprechen uns von der Zusammenarbeit mit der Freiwilligenagentur Altmark die ein hauptamtlich besetztes Büro betreibt zukünftig die Aktivierung weiterer Mitglieder. Vor Ort findet überall sehr aktive Betreuungs- und Kulturarbeit statt. Z. B. in der Gemeinde Vielbaum, aber zur Mitarbeit in der Kreissenorenvertretung sind diese Personen nicht bereit. An die Sozialausschüsse in der Verbands- und Einheitsgemeinden haben wir bisher noch nicht gedacht. Dieses werden wir demnächst versuchen. Ich möchte jedoch darauf hinweisen, dass unsere Veranstaltungen in der Regel vormittags stattfinden und das die Teilnahme von berufstätigen Ausschussmitgliedern schwierig sein wird.

Herr Rettig: Man sollte es dennoch versuchen.

Frau Dr. Paschke: Auf Landesebene findet alle 2 Jahre eine Landessenorenkonferenz statt. Mit der Arbeit der Kreissenorenvertretung kann man zufrieden sein. Die Frage des Nachrückens stellt auch in der Landessenoren-

vertretung ein Problem dar. Auf diesem Gebiet muss man noch aktiver werden. Man muss sich vernetzen um gemeinsam mehr auf die Beine zu stellen.

Das Problem der Finanzierung der Ausbildung in den Altenpflegeeinrichtungen durch die Entgelte der Heimbewohner werde ich nochmals für das Land mitnehmen.

Herr Dr. Kessel: Am 20.11.2013 findet eine Veranstaltung des Landesseniorenrates mit dem Sozialminister, Herrn Bischoff, statt. Dort wird diese Frage erneut gestellt werden. Eventuell gibt es dann eine Antwort.

zu TOP 5 Bericht über die Arbeit des Behindertenbeirates des Landkreises Stendal

Herr Graubner: Das Problem der Kreissenorenvertretung stellt sich auf für den Behindertenbeirat. Auch die Menschen mit Behinderung werden Älter. Ursprung der Gründung des Behindertenbeirates war Anfang 1994 der Zusammenschluss der 3 Behindertenverbände in Stendal, Osterburg und Havelberg. 1996 wurde der Behindertenbeirat gegründet und andere Verbände wurden dazugenommen, um die Anliegen behinderter Menschen auf breitere Schultern zu verteilen. Unter dem Landrat Gerhard Miesterfeldt wurde eine Vereinbarung unterzeichnet. Auch hier war die Mitarbeit von Kreistagsmitgliedern vorgesehen.

Den Schwerpunkt unserer Aufgaben haben wir in der Anhörung zu Bauvorhaben, Stellungnahmen zu öffentlichen Neubauten, z. B. Gymnasium, Bahnhof Stendal und weiterer öffentlicher Gebäude gesehen. Durch den Beirat selbst wurden in der Vergangenheit viele Projekte begleitet, wobei der Beirat kein eigenes begleitendes Projekt hat. Ich denke wir konnten bisher viel erreichen. Die Beiratsarbeit wurde bisher durch den Landkreis Stendal unterstützt. In der Vergangenheit durch Herrn Wolf, zeitweise durch Frau Rütten, durch Frau Raup und zum gegenwärtigen Zeitpunkt durch Frau Hartmann. Dabei muss aber beachtet werden, dass Frau Hartmann ein breiteres Aufgabengebiet als die Vorgänger/innen zu bewältigen hat. In den Jahren 2010 bis 2011 hat der Behindertenbeirat noch regelmäßig getagt. Aus gesundheitlichen Gründen ist diese Arbeit so nicht fortgeführt worden. Des Weiteren müssen wir einschätzen, dass der Beirat so wie bisher nicht weiter arbeiten kann. Das hat auch eine Absprache mit weiteren Vertretern des Behindertenbeirates, Herrn Lühe (Gehörlosenverband) und Herrn Soisson (Blinden- und Sehschwachenverband) ergeben. Wir wollen uns zukünftig mit der Freiwilligenagentur Altmark in Verbindung setzen, hier eine engere Zusammenarbeit anstreben und mit deren Unterstützung unsere Arbeit aktivieren.

Die Probleme im Landkreis Stendal hinsichtlich der Behindertenarbeit sind nach wie vor groß. Nimmt man z. B. das Thema Inklusion, so sind bei der Umsetzung im Landkreis Stendal die Menschen mit Behinderung nicht richtig mitgenommen worden.

Die bestehende Struktur des Behindertenbeirates ist zu überarbeiten. Es muss eine neue Struktur gefunden werden, neue Netzwerke müssen geschaffen werden, um gemeinsam die Dinge wieder zum Laufen zu bringen. Z. B. auch unter Einbeziehung von Frau Hartmann und Herrn Rettig. Die kontinuierliche Arbeit wird sich auch zukünftig im Behindertenbeirat schwieriger zu gestalten, weil es auch immer weniger Menschen gibt, die bereit sind ehrenamtlich mitzuarbeiten. Es ist einfach viele Personen dazu zu bewegen, z. B. an ein Fest der Begegnung teilzunehmen. Bei anderer inhaltlicher Arbeit gestaltet sich dieses schwieriger. Als Fazit muss jedoch erkennen, dass die Arbeit des Behindertenbeirates nicht mehr in der Form wie bisher weitergeführt werden kann. Wir müssen neue Mitstreiter gewinnen und sollten alte Mitglieder auch wieder aktivieren.

Abschließend möchte ich mich beim Landkreis Stendal insbesondere bei Frau Hartmann und bei den Mitgliedern des Sozialausschusses bedanken, dass wir in diesen immer Ansprechpartner als Beirat hatten.

Mit einem Wort von Dostojewski schließe ich mein Beitrag ab:

„Den starken möchte ich sehen, der die Kraft und die Last des Alltags allein auf sich nimmt ...“

Herr Rettig: In der Vergangenheit gab es viele niveauevolle Veranstaltungen des Behindertenbeirates z. B. mit dem Rententräger, den Krankenkassen, zum persönlichen Budget. Die ich persönlich sehr interessant fand und die mir auch viel gegeben haben.

Zunehmend haben jedoch die Mitgliedsverbände des Beirates Probleme. Es wäre jedoch bedauerlich, wenn die Arbeit nicht fortgesetzt wird. Es muss versucht werden hier einen neuen Weg zu finden, denn angesichts der demografischen Entwicklung nimmt diese Arbeit an Bedeutung zu. Die Kraft derer die das bisher organisiert haben, nimmt leider ab. Deshalb ist es wichtig, dass man sich mit anderen Vereinen und Verbänden z. B. mit der Bürgerinitiative vernetzt.

Frau Hartmann: In der Vergangenheit ist der Behindertenbeirat nicht an mich herangetreten. Ich habe noch weitere Aufgabengebiete wahrzunehmen. Im Bereich der Behindertenarbeit habe ich als Beauftragte immer Stellungnahmen zum behindertengerechten Bauen abgegeben, diese Aufgabe nehme ich sehr intensiv wahr. In eine geplante Vernetzung würde ich mich einbringen.

Frau Dr. Paschke: Es sollte nicht darum gehen jemanden Vorwürfe zu machen. Vielmehr müssen Überlegungen erfolgen wie diese wichtige Arbeit auf mehrere Schultern verteilt werden kann. Es sollte ein Neustart versucht werden. Mögliche Namen sind hier schon genannt worden. Die Verwaltung und auch der Ausschuss sollten überlegen was man tun kann. Das Land Sachsen-Anhalt hat mittlerweile den Aktionsplan Inklusion vorgelegt. Wir sollten überlegen, wie wir als Landkreis einen kommunalen Aktionsplan mit den Schwerpunkten die für den Landkreis Stendal wichtig sind erarbeiten.

In diesem Zusammenhang fallen mir z. B. die Wahllokale im Landkreis Stendal ein, die noch immer nicht barrierefrei sind. Den Anstoß für einen Aktionsplan Inklusion sollte der Sozialausschuss geben.

Herr Rettig: Ich denke, ich habe nicht das Recht das Ehrenamt zu kritisieren. Mein Wunsch ist es neu anzufangen.

Frau Dr. Paschke: Hinsichtlich der Aufgabenverteilung in der Verwaltung müsste man sich im Hauptausschuss darüber unterhalten, wie die Arbeit personell zugeordnet ist. Ob dieses nur durch eine Mitarbeiterin bewältigt werden kann.

Herr Dr. Kessel: Ich möchte darauf hinweisen, dass z. B. der Blinden- und Sehschwachenverband sehr aktiv arbeitet. Diesen könnte man in die Beiratsarbeit einbeziehen.

Herr Imig: Ich biete an mich für die Beiratsarbeit zur Verfügung zu stellen.

Frau Dr. Paschke: Herr Graubner und Herr Rettig haben sich bereiterklärt, sich zu beraten und ihre ersten Gedanken für einen Neuanfang zusammenzutragen. Einige Dinge wie z. B. die Arbeit des Behindertenbeirates sind neu zu überdenken. In der nächsten Sitzung des Sozialausschusses könnte eine Information hierzu gegeben werden.

zu TOP 6 Anfragen und Hinweise

Es gab keine Anfragen und Hinweise im öffentlichen Teil.